

Politische Rundschau

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Die Berner Woche**

Band (Jahr): **38 (1948)**

Heft 16

PDF erstellt am: **26.04.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

POLITISCHE RUNDSCHAU

Fortschreitende Liquidierung

-an- Die eidgenössische Zentralstelle für Kriegswirtschaft wird ab 12. April «in Liquidation» sein. Vorläufig bleiben aber jene noch nicht liquidierten Aemter in Tätigkeit, welche bestimmte «Bewirtschaftungsaufgaben» zu erfüllen haben. Die beibehaltene Mehlkontingentierung beispielsweise wird noch längere Zeit funktionieren müssen. Mit der Liquidation wird der Rest des Personals frei und kann dort unterkommen, wo man auch heute noch Leute und immer mehr Leute braucht: In den dank der Konjunktur am meisten zum Blühen gekommenen Wirtschaftszweigen. Man fragt: Auf wie lange? Und wird etwa das Baugewerbe, oder wird die an Leutemangel leidende Landwirtschaft abgebautes Büropersonal brauchen können? Es fangen hier gewisse Probleme an, die um so schwieriger werden, je mehr sich die Berufslehren spezialisieren und der «moderne Mensch» einseitiger zu werden droht. Im Baugewerbe sind heuer während der Saison 22 000 ausländische Arbeiter zugezogen worden, gegen 18 000 im letzten Jahre. Die Landwirtschaft muss ebenso auf Saison-Einwanderer zurückgreifen und zusehen, wie die einheimischen jungen Leute dorthin fahren, wo es am meisten zu verdienen gibt.

Wird auch die Preisbildungskommission unter die zu liquidierenden Instanzen kommen? Es wirkt auf jeden volkswirtschaftlich Einsichtigen fast wie ein Aberglaube, dass man an eine «Kontrolle» nur dann denkt, wenn die Preise nach oben zu klettern drohen, dagegen aber nicht mehr, wenn ihnen ein Zusammenbruch bevorsteht. Wir sagen «Aberglaube» und wissen, warum wir das sagen. Natürlich ist das damit angedeutete Problem noch lange nicht akut. Aber einmal wird es akut werden. Vorher jedoch, so fürchten wir, baut man in der Eidgenossenschaft die als «Preissteigerungsverhinderungs-Kommission», wie man die Preisbildungskommission nennen müsste, sicherlich ab. Aus dem Gedanken, der «Allgemeingut» sein dürfte, dass ja die Preise im allgemeinen nicht mehr klettern, die Kommission demnach nichts mehr zu tun habe. Hoffentlich büssen alsdann die Leute nicht zu sehr, die heute am heftigsten gegen die Preiskontrolle wettern, statt voraussehend eine Kontrolle auch der fallenden zu fordern.

Im Departement des Herrn Rubattel wird gegenwärtig das Material studiert, welches man aus der ganztägigen Konferenz vom 8. April mitheimgenommen: Material aus der Diskussion über die Möglichkeit einer Lockerung der Mietpreiskontrolle. Zehnprozentige Erhöhung der Mieten, generell, Ausnehmen der nichtsubventionierten Neubauten von der Kontrolle, Erhöhung der Ansätze für den Unterhalt... das hatten vier Verbände in einem Memorial verlangt.

Die Gewerkschaften, als die führenden Verfechter der Kontrolle, wollten nur in Punkt drei entgegenkommen, und nur individuell. Und zwar fochten sie im Namen des eben wirksam gewordenen Stillhalteabkommens. Herr Bundesrat Rubattel hat hier eine harte Nuss zu knacken. Vielleicht bringt er neue Gesichtspunkte zur Diskussion. Das Markten allein ist nämlich steril.

Ausbrüche in Südamerika

In Valparaiso brannte das Hafenviertel. In Paraguay wurde ein kommunistischer Putsch niedergeschlagen. In Bogotá aber, in der kolumbianischen Hauptstadt, wüteten einige Tage Mord und Brand, fielen mindestens 300 Tote den Strassenkämpfen zum Opfer, wurden eine Reihe von Regierungsgebäuden niedergebrannt, mussten die Nordamerikaner sich unter Polizeischutz begeben und zuletzt in ihre Häuser zurückgeleitet lassen. Der Präsident Kolumbiens, Perez, bezeichnet in einer Proklamation die Kommunisten als die Urheber der Unruhen. Mehr noch: Die Ermordung des liberalen Parteiführers Gaitan sei das Werk der moskowitischen fünften Kolonne. Sie hätte durch diesen vorbedachten Mord gleichsam als «agent provocateur» die Liberalen zum Aufstand getrieben, dabei das Ihrige getan, um die ärmste Klasse zu bewaffnen und auf die Strasse zu locken, und schliesslich durch die Besetzung einer Radiostation den Versuch unternommen, in der allgemeinen Verwirrung das Heft in die Hände zu bekommen. Kubaner und andere Ausländer hätten sich unter der Bande befunden, die von der Funkstation aus operierte. Damit sei die «Hand Moskaus» nachgewiesen, und ganz Südamerika möge erkennen, welche Gefahr drohe.

In Nordamerika betrachtet man den Fall kühler. Und dies, obwohl der momentan

«wertvollste Mann der USA», Staatssekretär General Marshall, der Schöpfer der Europa-Hilfe, der sich an der in Bogotá soeben eröffneten panamerikanischen Konferenz beteiligte, einige Stunden regelrecht belagert und isoliert war, ehe die regierungstreue Armee die Wege wieder freimachte. Man schätzt im Lande der «Dollar-Demokratie» die Dinge dort unten richtig ein und weiss, wieviel sozialer Zündstoff gerade in Kolumbien angehäuft liegt, von allen andern Staaten abgesehen. Man ist sich sogar darüber im Klaren, dass wohl auf der Welt kein Gebiet für russische Experimente à la Balkan günstiger liegt als eben in den weniger entwickelten Staaten beiderseits der Anden. Es gibt dort kein einheimisches, fest verwurzeltes, durch alte Traditionen mit der Erde verbundenes Bürgertum, sondern nur eine «Herrenklasse» auf dem Lande, in den Städten aber vielfach die gewalttätige internationale Geschäftswelt, die in Bogotá nur zufällig Geld macht und es ebensogut in Schanghai oder in Havanna tun könnte. Unterhalb dieser beiden Gruppen vegetiert die grosse Masse der vielfach landlosen Leute, und wie in andern halbkolonialen Gebieten strömen die an das primitivste Leben gewöhnten ländlichen und städtischen Proletarier, die dem täglichen Hungern näher sind als dem politischen Denken, den Arbeitsgelegenheiten zu, die sich eben bieten. Es sind nicht etwa die «armen Indios», welche diese Masse ausmachen, es sind die Mischlinge. Von den 9 Millionen sind keine 100 000 Seelen «Rothäute». Mischlinge bilden das Hauptkontingent der «Armen». Und sie sind es, auf welche die Nordamerikaner das Wort münzen: Die krassen sozialen Ungerechtigkeiten müssten abgestellt werden, wenn man der kommunistischen Agitation den Boden entziehen wolle. Der «weisse» Präsident Perez hat mit seinem



Griechische Strumtruppen landeten kürzlich in amerikanischen Gummibooten längs der Küste von Thessalien an verschiedenen Punkten, um die Gebirgspositionen der Guerillas in den Flanken anzugreifen. Offenbar sind die Regierungstruppen bereit, mit allen Mitteln eine Entscheidung zu erzwingen, um den Kämpfen ein Ende zu bereiten. (ATP)

anti - moskowitzischen Alarmruf wohl das Ziel angeben... Nordamerika scheint die Methode nennen zu wollen, mit der man das Ziel erreichen kann.

Wir halten dafür, dass es sich um keinen «Kommunistenaufstand» gehandelt hat, sondern um eines der üblichen «Pronunciamentos», zu dem die Liberalen wegen der Ermordung ihres Führers Gaitan griffen. Doch die Kommunisten schalteten sich ein. Rätselhaft bleibt immerhin das Zusammentreffen des Mordes an Gaitan mit der pan-amerikanischen Tagung. Wer Moskau alles zutraut, kommt in Versuchung, Shakespeare zu zitieren: «Dieser Mortimer starb euch sehr gelegen...» Grosse Vorsicht ist jedoch geboten, und voreilige Kombinationen können nur jenen nützen, die an der weiteren Vergiftung der Welt-Atmosphäre ein Interesse haben. Wir meinen nicht nur die «Kom-Info». Es gibt auch Kreise, die mit allen Mitteln die öffentliche Meinung der USA bearbeiten, damit sie zu einer aggressiven Politik gegenüber Moskau anrete. Das gefälschte «Kominform-Dokument», welches angeblich in der Ruhr einen Generalstreik organisieren sollte, zeigt, dass auch von der äussersten Rechten her mit Kominform-Methoden gearbeitet wird. Die Engländer haben den Fälscher, einen deutschen Nazi, entdeckt und verhaftet. Am Ende gäbe es auch in Bogotá Leute zu verhaften, die ein Interesse hatten, just die Panamerika-Konferenz gegen Moskau scharf zu machen und hier Entscheidungen zu provozieren, die sehr viel weiter tragen würden als die Ereignisse in Kolumbien selbst.

Einwenig weiter gesehen,

verschwindet die Bedeutung der Unruhen in Bogotá, die ja nun mit der Aufnahme von sechs Liberalen ins bisher rein konservative Ministerium ihr Ende gefunden haben, vor dem Gesamtproblem Südamerika. Wir erinnern nochmals an die Verwandtschaft der sozialen Verhältnisse dieses Erdteils mit denen des Nahen Ostens. Der «Hexenkessel» Balkan, in dem jahrzehntelang Königs- und Ministermorde, Mazedoniergreuel und erbitterte Cliquenkämpfe, angestiftet durch ausländische politische oder wirtschaftliche Interessen, wüteten, verfiel eigentlich ganz folgerichtig der «Volksdemokratie» und ihren diktatorischen Führern. Denn auch in dieser ehemaligen Kolonie... der türkischen... war die Volksmasse von den Früchten wirtschaftlichen Fortschrittes ebenso ausgeschlossen wie von jeder wahren politischen Schulung. Den türkischen Grossgrundbesitzern waren die einheimischen gefolgt, und was sie nun als «Bauernpolitik» betrieben, war leider weit entfernt von allem, was man der grossen Masse des Landvolkes wünschen musste.

Wenn die «Landarmen» in den einst spanischen südamerikanischen Kolonien nicht einer intensivierten «volksdemokratischen» Propaganda als leichte Beute zufallen sollen, dann wird allerlei geschehen müssen. Nordamerika kann sich am Beispiel Mexiko vorstellen, dass einmal die «alljährlichen Revolutionchen», einmal die soziale Revolution

folgt, und dass sie zugleich eine nationale, gegen die übermächtigen ausländischen Grundbesitzer gerichtet sein wird. So wie Mexiko seine Petrolvorkommen nationalisiert, könnte ein «rotes Kolumbien» auf den gleichen Gedanken kommen. Und nicht nur Kolumbien! Ueberdies gibt es Silber- und Zinnminen älterer und neuerer Zeit, und niemand weiss, was die Untersuchungen weiter finden werden. Peru, Bolivien und Nordchile sind als Bodenschatzreserven mindestens so zukunftsreich wie das russische Sibirien. Wenn nun aber mit dem vermehrten Bergbau zugleich andere Industrien gross werden, nahen sich die Tage, da nicht nur die Minen-Sklaven, sondern sämtliche von den Neu-Industrien zusammengezogenen Massen zum schweren sozialen Problem werden.

Die Verantwortung für eine «organische Emanzipation» dieses eben in jähe Entwicklung eintretenden Proletariates liegt auf den USA. Denn ihr Kapital ist es, das erst den südlichen Kontinent zur modernen technischen Entwicklung gebracht hat und bringen wird. Es wird am «Weissen Hause» sein, dafür zu sorgen, dass die drunten arbeitenden Aktiengesellschaften nicht nur verstehen, viel «Dollars zu machen», sondern dass die in ihren Betrieben arbeitenden «Farbigen und Halbfarbigen» samt den weissen «Brüdern» Menschen werden, die nicht ihre Hoffnung auf den Tod ihrer Herren und auf die Mithilfe Moskaus setzen. In Bogotá haben die Rebellen mit langen Messern und Petrolflaschen operiert, ein Zeichen, dass es noch keinerlei wohl instruierte kommunistische Stosstruppe gegeben. Es wurde auch geschossen, aber noch nicht mit importierten oder in einer Plünderungsaktion erbeuteten modernsten Waffen. Aufgabe eines wachen, nicht nur «polizeiwachsam» Regimes wird es sein, dem Geiste, der nach besseren Waffen rufen würde, den Boden zu entziehen.

«Mehr Marshallpläne!»

Man möchte behaupten, es seien für weite Kontinente ähnliche Aktionen wie für Europa nötig, um die Dauer-Offensive des russischen und internationalen Kommunismus wirksam zu bekämpfen. Für jedes bedrohte Gebiet eine besondere. Europa, ein hochentwickeltes, von modernen Industrien durchsetztes Land, wurde eigentlich nur infolge der namenlosen Kriegsverwüstungen zur Gefahrenzone. Seine Völker sind mit jedem Tage wachsender wirtschaftlicher Gesundung kräftiger in der Abwehr des östlichen Totalitarismus. Wenn es stimmt, was die italienischen Journalisten bei Anlass des Sforza-Besuches in Bern voraus sagten, nämlich, dass die «volksdemokratische Front» der Kommunisten und Nenni-Sozialisten unter einem Drittel aller Stimmen gewinnen würden, dann ist der Kampf um West-Europa an der «sozialen Front» zunächst entschieden, und der 18. April kann in den Annalen der Geschichte rot eingetragen werden.

Man wird aber sagen müssen: Zunächst entschieden. Denn die Operationen der

Kom-Info gehen weiter. Und das «grosse Datum», auf welches Moskau wartet, ist nicht auf einen Stichtag festgelegt, sondern auf die schweren Monate und Jahre, da die Regierungen und Wirtschaftsverbände aller Westländer sich verzweifelt gegen die Preiszusammenbrüche, Arbeitslosenmillionen, Börsenkrache, Konkurswellen und Hungerdemonstrationen wehren müssen... nach der wohlauskalkulierten Linie der kommenden Weltgeschichte, wie man sie in Moskau sieht.

«Bis es so weit kommt», verlegen sich die kommunistischen Kommandeure auf andere Sektoren der weitgespannten Fronten. Sind die «entwickelten kapitalistischen Länder», in welchen sich der Sozialismus nach allen Erwartungen der ersten Theoretiker zuerst und am leichtesten durchsetzen würde, gegen die Verlockungen des «Kreml-Sozialismus» erstaunlich widerstandsfähig... die «unentwickelten» werden es am Ende nicht sein!

Wer weiss, der «Stichflamme von Bogotá» folgt binnen kurzem eine in Südafrika... oder irgendwo in Indonesien, oder dann im Iran... Also in irgendwelchem Gebiete, wo sich anstelle einer wohlverwurzelten heimischen Besitzerschicht, die grosse Teile des Volks in sich schliesst, eine übermächtige fremde Geschäftswelt breit macht. Im Namen der «Freiheit und Unabhängigkeit» wird nun der ganzen besitzenden Klasse der Krieg erklärt. Untergründig, geheim, mit dunklen Mitteln, mit grössten Versprechungen, mit Hass- und Rache parolen, mit alten und neuen, mit lokalen und internationalen Wunschzetteln wird das Feuer verbreitet... und die, welche nichts davon merkten, werden hernach erstaunt sein, falls wieder eine Feuergarbe hochschießt.

Dort, wo sich ein landverwurzeltes Staatswesen und Volkstum mit allen Mitteln zu wehren wissen, versuchen die Machthaber im Kreml keine sinnlosen Angriffe. Sie werden sie eines Tages auch dort aufgeben, wo sie merken, dass ihnen eine rechtzeitige soziale Organisation jeden Boden unter den «ärmern Klassen» entzieht. Man möge sich einmal den «russisch-finnischen Verteidigungspakt» daraufhin ansehen. Finnland wird, mit einem Worte, weder geknebelt noch gleichgeschaltet. Keine Stützpunkte für Russland, keine Landabtretungen... die Welt staunte. Dann stellte sie fest, dass der «Winterkrieg 39 und 40» die russischen Machthaber von der Hartköpfigkeit der Finnen überzeugt habe. Natürlich spielte auch der Gedanke eine Rolle, Schweden, Norwegen und Dänemark dürften nicht zu sehr erschreckt und dem Westblock direkt in die Arme getrieben werden. Aber immerhin, Finnland ist erstaunlich gut davon gekommen. Was es schlucken musste, ist nur dies: Bei einer Bedrohung der finnischen Grenze haben Helsinki und Moskau in gemeinsamer Beratung festzustellen, ob eine solche Bedrohung existiere. Aber selbst das Ansuchen um russische Hilfe bleibt formell Sache Finnlands.



Wenn die Polizei streikt:
In Alexandrien nahm der Mob die Gelegenheit eines Streiks der Hüter der öffentlichen Ordnung zum Anlass, sich richtig auszutoben. Es kam zu vielerlei Gewalttaten. Unser Bild zeigt die Feuerwehr, in einer Strasse Alexandriens bemüht, einen von den Aufrührern in Brand gesteckten Tramwagen zu löschen.



Der griechische Aussenminister Tsaldaris richtete an die Uno und Unesco je eine Note wegen der systematischen Verschleppung griechischer Kinder durch die Truppen des Generals Markos. Tsaldaris beschuldigte in der Note die Partisanen, im Namen des Kommunismus den teuflischen Plan gefasst zu haben, Zehntausende von griechischen Kindern zu entführen und fern der Heimat in Hass gegen ihr Land, ihre Kirche und Familie zu erziehen. Unser Bild zeigt eine Gruppe von 700 Kindern, denen als Erste die Flucht vor den Guerilla-Kidnappern gelungen ist. Sie werden nun auf den Aegäischen Inseln in Sicherheit gebracht. (ATP)



Auf den Spuren der siamesischen Königsmörder. Eine siamesische Untersuchungskommission, welche mit der Abklärung des Mordes an König Ananda Mahidol beauftragt ist, ist zur Berichterstattung an ihren jungen Herrscher in der Schweiz eingetroffen. — Unsere Aufnahme zeigt die Delegation bei ihrer Ankunft in Bern.



Der italienische Staatsbesuch in der Schweiz



Am Donnerstag um 13 Uhr traf der Lötschbergzug mit dem italienischen Aussenminister Graf Sforza, seiner Gattin, dem italienischen Gesandten in Bern, Minister Dr. Reale, dem Chef des Protokolls, Legationsrat Dr. Cuttat und mit Gefolge in einem Sonderwagen in Bern ein. Der Aussenminister wurde am Bahnhof von Bundesrat Petitpierre und seiner Gattin begrüsst. Beim Verlassen der Bahnhofhalle Bern (von links nach rechts): Minister Dr. Reale, Graf Sforza und Bundesrat Petitpierre. (Photopress)



Gräfin Sforza wird in Brig durch Walliser Trachtenmädchen willkommen geheissen.



In Erwiderung des letztjährigen Besuchs des holländischen Generalstabschefs, Generalleutnant Kruls, in der Schweiz, entsandte das Eidg. Militärdepartement Oberst i./Gst. Schaffroth zu den von der holländischen Armee in der Provinz Overijssel durchgeführten Uebungen. Unsere Aufnahme: Holländische Offiziere führen dem schweizerischen Gast, im Uebungsgebiet von Oldebroek ein neues Luftabwehr-Geschütz des niederländischen Heeres vor. (Photopress)